



**Euro-Latin American Parliamentary Assembly
Assemblée Parlementaire Euro-Latino Américaine
Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana**



PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EUROPA-LATEINAMERIKA
**Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Austausch von Personen, Umwelt,
Bildung und Kultur**

5. Oktober 2009

VORLÄUFIG

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels: für eine koordinierte Strategie der EU und der LAK-Länder im Rahmen der UNFCCC-Verhandlungen

Ko-Berichterstatter EP: Peter Liese
Ko-Berichterstatter Lateinamerika: Carlos Baraibar (Parlatino)

Gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels: für eine koordinierte Strategie der EU und der LAK-Länder im Rahmen der UNFCCC-Verhandlungen

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika,

- in Kenntnis der auf den fünf Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas, der Karibik und der Europäischen Union in Rio de Janeiro (28./29. Juni 1999), Madrid (17./18. Mai 2002), Guadalajara (28./29. Mai 2004), Wien (11.-13. Mai 2006) und Lima (15.-17. Mai 2008) abgegebenen Erklärungen,
 - unter Hinweis auf ihre Entschliebung vom 14. Februar 2007 zum Klimawandel,
 - unter Hinweis auf das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC, 1992) und das dazugehörige Kyoto-Protokoll über Klimaänderungen (11. Dezember 1997),
 - unter Hinweis auf die 13. Konferenz der Vertragsparteien (COP 13) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und die Dritte Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (COP/MOP 3) vom 3. bis 15. Dezember 2007 auf Bali, Indonesien,
 - unter Hinweis auf das Fazit des Vierten Sachstandsberichts (AR4) des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC), der am 17. November 2007 in Valencia (Spanien) veröffentlicht wurde, und auf weitere Studien, die von einzelstaatlichen Regierungen in Auftrag gegeben oder von anderen Organen der Vereinten Nationen durchgeführt wurden,
 - unter Hinweis auf das durch das Europäische Parlament und den Rat im Dezember 2008 verabschiedete Klima- und Energiepaket,
 - gestützt auf Artikel 16 ihrer Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das Ziel des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen darin besteht, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, auf dem eine gefährliche anthropogene Beeinträchtigung (d. h. eine vom Menschen verursachte Störung) des Klimasystems verhindert werden kann,
- B. in der Erwägung, dass einer unabhängigen Studie zufolge 300 000 Todesfälle im Jahr auf Folgen des Klimawandels zurückzuführen sind, und in der Erwägung, dass fast 99 % dieser Todesfälle in Entwicklungsländern zu verzeichnen sind, 98 % der am stärksten Betroffenen in Entwicklungsländern leben und 90 % der auf den Klimawandel zurückzuführenden wirtschaftlichen Verluste von den Entwicklungsländern zu tragen sind¹,
- C. in der Erwägung, dass lateinamerikanische Staaten wie Honduras und Peru gemeinsam mit Bangladesch zu den weltweit durch den Klimawandel am stärksten gefährdeten Ländern zählen,
1. betont, dass die Abschwächung der Klimaänderungen eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe, für die Menschheit darstellt und dass es von

¹ Human Impact Report: Climate Change — The Anatomy of a Silent Crisis (herausgegeben vom Global Humanitarian Forum — Genf 2009)

- wesentlicher Bedeutung für die Zukunft unseres Planeten, der Natur und der Menschen ist, dass bei den laufenden internationalen Verhandlungen greifbare Ergebnisse erzielt werden;
2. ist der Ansicht, dass die biregionale strategische Partnerschaft EU-Lateinamerika und alle an dieser Partnerschaft beteiligten Staaten der Abschwächung der Klimaänderungen in ihren politischen Programmen allerhöchste Priorität einräumen sollten, um eine große Klimakatastrophe in diesem Jahrhundert zu verhindern;
 3. vertritt die Auffassung, dass Abgeordnete nationaler und regionaler Parlamente in diesen Prozess einbezogen werden sollten; ist der Überzeugung, dass sich die Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (Euro-Lat) dazu verpflichten, all ihre Bemühungen auf einen erfolgreichen Abschluss der internationalen Verhandlungen und die strikte Umsetzung der in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen auszurichten;
 4. lehnt die Theorien des Malthusianismus und Neo-Malthusianismus ab; betont, dass die Lösung des Problems darin besteht, in Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen und in ein verändertes Verhalten der Menschen zu investieren;
 5. weist darauf hin, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht als Entschuldigung dafür dienen sollte, dass versäumt wird, Maßnahmen zur Abschwächung der Klimaänderungen zu ergreifen, da Untätigkeit und das Scheitern internationaler Verhandlungen zu einer noch größeren und länger anhaltenden Krise, nicht nur wirtschaftlicher Art, führen würden; ist vielmehr der Überzeugung, dass die Wirtschaftskrise als Herausforderung betrachtet werden sollte, um in Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen und moderne Technologien zu investieren und somit Arbeitsplätze zu schaffen, nachhaltiges Wachstum anzuregen und Treibhausgasemissionen zu verringern;
 6. weist darauf hin, dass Schätzungen des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) zufolge die Emissionen bis 2015 merklich abnehmen und bis 2050 auf weniger als 50-85 % der heutigen Emissionen verringert werden müssen¹;
 7. betont, dass der IPCC zu dem Schluss gekommen ist, dass die Industriestaaten ihre Emissionen bis 2020 um 25-40 % des Emissionsniveaus von 1990 und bis 2050 um 80-95 % verringern müssen, wobei gleichzeitig eine erhebliche Abweichung vom Ausgangswert bei den Ländern Lateinamerikas, des Nahen Ostens und den asiatischen Ländern, in denen Planwirtschaft herrscht, erforderlich ist²;
 8. betont, dass das für 2020 gesetzte Ziel von entscheidender Bedeutung ist, da bei einer weiteren Zunahme der Emissionen bestimmte klimatische Grenzpunkte erreicht werden könnten, bei deren Überschreiten es künftigen Generationen nicht mehr möglich sein würde, den Klimawandel einzudämmen, unabhängig davon wie sehr sie sich anstrengen;
 9. begrüßt die enormen Bemühungen, die einige lateinamerikanische Länder unternommen haben, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen; begrüßt insbesondere die Verpflichtung Costa Ricas, die CO₂-Emissionen drastisch zu senken, um das erste Entwicklungsland zu werden, das bis 2021 CO₂-Neutralität erreicht, die kürzlich eingegangene Verpflichtung Mexikos, seine Treibhausgasemissionen bis 2050 auf 50 % des Emissionsniveaus von 2002 zu senken, sowie die Anstrengungen der brasilianischen Regierung, die sich im Nationalen Plan zu Klimaänderungen vom Dezember 2008

¹ Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC)

² Ebd.

- widerspiegeln und die darauf abzielen, die Pro-Kopf-Emissionen weiter zu senken, indem die Entwaldung in Brasilien bis 2015 gestoppt wird;
10. hebt hervor, dass das Klima- und Energiepaket der EU, das ein mögliches Reduktionsziel von 30 % gegenüber 1990 beinhaltet, sofern andere Länder vergleichbare Anstrengungen unternehmen, der bislang ehrgeizigste Vorschlag aus den Reihen der Industrieländer ist;
 11. fordert die anderen Vertragsparteien des UNFCCC und insbesondere die Vereinigten Staaten, Indien, China und Russland auf, dem Beispiel Costa Ricas, Mexikos, Brasiliens und der EU zu folgen;
 12. betont, dass obwohl eine Einigung in Bezug auf die Abschwächung der Klimaänderung die vorrangige und anspruchsvollste Aufgabe darstellt, das internationale Übereinkommen einen angemessenen Transfer von Finanzmitteln festlegen muss, bei dem Mittel für Maßnahmen zur Abschwächung der Klimaänderungen und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels von den Industrieländern und Schwellenländern besonders in die am wenigsten entwickelten Länder und kleinen Inselstaaten fließen;
 13. begrüßt daher die konkreten Vorschläge Mexikos, Norwegens, Dänemarks und der Europäischen Kommission zur Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel;
 14. betont, dass sowohl der internationale Luft- als auch der Seeverkehr in das im Rahmen des UNFCCC geschlossene internationale Übereinkommen einbezogen werden müssen; weist darauf hin, dass das Übereinkommen dieselben verbindlichen Reduktionsziele enthalten sollte, die auch für die Industrieländer gelten; zudem sollte ein erheblicher Teil der Zertifikate in Auktionen vergeben werden, wodurch zusätzliche Mittel für Maßnahmen zur Abschwächung der Klimaänderungen und zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselstaaten, gewonnen werden könnten;
 15. empfiehlt, dass sich die Zuweisung von Finanzmitteln im Rahmen des UNFCCC nach den in der Entwicklungszusammenarbeit bestehenden Grundsätzen und Leitlinien, wie beispielsweise der verantwortungsvollen Staatsführung, richten sollte; weist darauf hin, dass insbesondere die demokratische Kontrolle über Finanztransfers von wesentlicher Bedeutung ist;
 16. ist der Ansicht, dass ein wesentliches Ziel des internationalen Übereinkommens darin bestehen sollte, der weltweiten Entwaldung bis 2020 Einhalt zu gebieten und den illegalen Holzeinschlag zu beenden;
 17. fordert, dass die biregionale strategische Partnerschaft EU-Lateinamerika einen Rahmen für Verhandlungen bietet, die auf die Schaffung eines integrierten globalen CO₂-Marktes für den Emissionshandel abzielen; weist darauf hin, dass die Schaffung eines Emissionshandelssystems EU-Lateinamerika, wenn möglich unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten von Amerika, den ersten Schritt in diese Richtung darstellen sollte;
 18. schlägt vor, dass die biregionale strategische Partnerschaft EU-Lateinamerika daran arbeiten sollte, gemeinsame Normen für die Herstellung von Biokraftstoffen sowie für die Qualitätsbescheinigung für diese Produkte aufzustellen; vertritt die Auffassung, dass in diesem Zusammenhang Jointventures zwischen Unternehmen, die im europäischen Importgeschäft und Unternehmen, die im lateinamerikanischen bzw. karibischen Exportgeschäft tätig sind, gefördert werden sollten; ist der Ansicht, dass die Regierungen beim Aufbau einer Biokraftstoffpolitik unterstützt werden sollten, wobei dem Schutz der Arbeitnehmer und der indigenen Bevölkerungsgruppen, der Wahrung der Menschenrechte sowie dem Wohlergehen in den Entwicklungsländern Priorität eingeräumt werden sollte;

19. empfiehlt, dass die biregionale strategische Partnerschaft EU-Lateinamerika darauf hinarbeiten sollte, dass alle multilateralen Abkommen mit dem im Dezember 2009 in Kopenhagen erzielten internationalen Klimaschutzübereinkommen harmonisiert werden;

*

* *

20. beauftragt seine Ko-Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und aller Länder Lateinamerikas und der Karibik, dem Lateinamerikanischen Parlament, dem Mittelamerikanischen Parlament, dem Andenparlament und dem Parlament des Mercosur, dem Sekretariat des Systems für Zentralamerikanische Integration, der Karibischen Gemeinschaft (Caricom), dem Sekretariat der Andengemeinschaft, dem Ausschuss der ständigen Vertreter von Mercosur, dem ständigen Sekretariat des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems und dem Sekretariat des UNFCCC zu übermitteln.